Berliner Appell für Zwangsarbeiterentschädigung

Zwangsarbeit in Berlin, hunderttausende menschliche Tragödien, ungezählte Opfer. Der größte Menschenraub der Geschichte hatte viele Nutznießer – die Kriegswirtschaft, kommunale Eigenbetriebe und private Haushalte. Zwangsarbeitende Menschen waren während des Krieges allgegenwärtig. In tausend Lagern, in Baracken, Tanzsälen und Schulen eingepfercht, war ihre Präsenz für die Berliner Bevölkerung unübersehbar. Wer erinnert sich noch an diese Menschen?

Die Rassenideologie der Nazis prägte das allgemeine Verhalten gegenüber den nach Berlin verschleppten Jugendlichen, Frauen und Männern. Insbesondere „Sowjetrussen" - die sogenannten „Ostarbeiter" - und Polen waren nach den Juden und „Zigeunern" im Visier des Mordregimes. Viele von ihnen überlebten nur, weil sie als kriegswirtschaftlich verwertbare Arbeitskräfte gebraucht wurden.

Im öffentlichen Bewußtsein der Nachkriegszeit erlosch die Erinnerung an Opfer und Nutznießer der Zwangsarbeit - bis sich die Überlebenden zu Wort meldeten. 55 Jahre nach Kriegsende, im Juli 2000, verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft". Mehrheitlich schiebt die deutsche Wirtschaft Einzahlungen in den Stiftungsfonds auf die lange Bank - zögern, zaudern, Zeitgewinn. Die Antragsfrist für Auszahlungen an die Opfer endet schon im April 2001. Die Überlebenden sind heute über siebzig, viele über achtzig und neunzig Jahre alt. Für sie läuft die Uhr schneller. Ihre dringenden Anfragen an den Berliner Senat zeigen die Mühe der Erinnerung an konkrete Namen von Firmen und Orten, wo sie in ihrer Jugend arbeiten mußten. Die Beschaffung der Nachweise ist eine vorrangige Aufgabe. Wir appellieren an den Regierenden Bürgermeister und an den Senat von Berlin:

Schieben Sie die Nachweisbeschaffung nicht auf lange Verwaltungswege!

Richten Sie eine zentrale Anlaufstelle ein, damit alle Anfragen von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zügig bearbeitet werden!

Unterstützen Sie alle Initiativen zur Dokumentation der Berliner Geschichte von Zwangsarbeit!

Unser Gemeinwesen wird belastet durch das Unrecht der Zwangsarbeit, solange den Betroffenen die Unterstützung versagt wird und die Erinnerungsarbeit nicht zur allgemeinen, öffentlichen Aufgabe zählt.

Dr. Andreas Eberhardt, Dr. Manfred Rexin, GEGEN VERGESSEN - FÜR DEMOKRATIE, Regionalkreis Berlin-Brandenburg
Gisela Wenzel, BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT
Dr. Norbert Meisner, Dr. Hilde Schramm, KONTAKTE-KOHTAKTbI, *Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion*
Info: E. Radczuweit, Tel.: 78 70 52 88
Veröffentlicht: 22.11.2000

Name	Adresse	Unterschrift